Gedenkfeier am Grotiusweg 36, 22.7.2012

So wie heute Sonntag ist, war auch der 19. Juli 1942 ein Sonntag. Wie immer an sommerlichen Sonntagen zogen die Hamburger sicherlich auch an jenem Tag aus der Stadt zum Blankeneser Strand. – Am selben Tag wurde in Berlin die Hochschule für die Wissenschaft des Judentums – Leo Baeck ist ihr letzter Rektor – auf Anordnung der nationalsozialistischen Behörden geschlossen. – Und an diesem Tag ordnete Himmler an, dass die „Umsiedlung“ (das bedeutet: Deportation und Ermordung) der gesamten jüdischen Bevölkerung des Generalgouvernements bis 31. Dezember 1942 abgeschlossen sein soll. – Also ein ganz „normaler“ Sonntag?

Die Norddeutschen Nachrichten aus Blankenese berichteten in jenen Wochen von erfolgreichen, wenn auch oft verlustreichen Eroberungen in Russland, von der Versenkung zahlreicher britischer und amerikanischer Schiffe im Atlantik. Für viele war es Grund zur Freude und Stolz auf das so starke Deutsche Reich – für andere war es Anlass zur Besorgnis, zur Furcht und Todesangst. Und da waren die Deportationen.

Deportationen aus Hamburg fanden schon früh statt: zuerst 1935 und 1938 aus psychiatrischen Kliniken in andere in oder nahe von Hamburg, 1939 aus einer Untersuchungshaftanstalt in ein Strafgefängnis nach Wolfenbüttel, 1940 dann aus einer Hamburger Heil- und Pflegeanstalt in eine Tötungsanstalt nach Brandenburg und am letzten Novembertag aus der Strafanstalt Fuhlsbüttel in das Konzentrationslager Sachsenhausen; im Oktober 1941 wurden über 1000 Menschen in das Ghetto Litzmannstadt (Lodz) deportiert, im Folgemonat etwa tausend weitere ins Ghetto Minsk, wieder einen Monat später fast die gleiche Anzahl ins Ghetto Riga, am 11. Juli 1942 wurden 300 Juden nach Auschwitz deportiert, am 15. desselben Monats die dreifache Zahl ins Ghetto Theresienstadt und am 19. Juli noch einmal etwa 800 an das gleiche Ziel. Und die Deportationen aus Hamburg gingen weiter.

Aus dem vor Ihnen liegenden Haus, einem „Judenhaus“, waren bereits 1938 zwölf jüdische Menschen im Rahmen der Polenaktion ausgewiesen worden, zwölf von insgesamt 17.000, die kurz vor den Pogromen vom 9. November verhaftet, gewaltsam an die Grenze nach Polen gebracht und dort unter den unwürdigsten Umständen einem ungewissen Schicksal überlassen worden waren. Mit den Deportationen vom 21. Oktober 1941 nach Lodz sowie denen vom 11. und 19. Juli 1942 nach Theresienstadt ist das Haus hier am Steubenweg leer geworden – frei für neue, für „arische“ Bewohner. Diese fanden, so wird berichtet, versteckte Zettel der dort zuvor zusammengetriebenen Menschen, Zettel, die aus Furcht vor der Gestapo vernichtet wurden.

1942 – das scheint so lange her. Wer wie ich noch vor dem Beginn des 2. Weltkriegs geboren wurde, für den aber ist das Jahr 1942 kein fernes Datum, sondern eines, das, wenn auch nicht mit eigenen Erinnerungen, so doch mit Gefühlen besetzt ist. Für noch Ältere gibt es sicherlich genauer erinnerte Ereignisse der Kindheit. Von heute aus stellt sich mancher die Frage, was denn das Schicksal von Menschen, die oft noch im 19. Jahrhundert geboren worden waren, manche von ihnen vor 150 Jahren, uns heute noch so bekümmern müsste. Die Antwort gibt auch der heutige Tag: Nicht die Geburtsdaten, nicht das Alter der Umgekommenen sind das Entscheidende; vielmehr haben wir uns durch immer neues Erinnern der Bedrängung dieser Menschen, ihrer Ausgrenzung, ihrer Verfolgung und ihrer Ermordung durch Deutsche zu stellen.

Dass das krude Gedankengut der Nationalsozilisten immer noch mitten unter uns ist, erfahren wir jeden Tag aus den Zeitungen. Unter solch Stichworten wie „nationaler Widerstand“ führt der „Heimatschutz Thüringen“ ein „Aktionsbüro“ an mit Gruppen in Altenburg, Jena, Kahla, Saalfeld und im Vogtland. „Freie Kameradschaften“ bilden unter dem gleichen Stichwort „Nationale und Soziale Aktionsbündnisse“ in den Bundesländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Bremen und

Teilen von Hessen, in Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Baden-Württemberg und Bayern, im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, zusätzlich auch noch rund um einzelne große Städte. Wie machtlos nicht selten unser Verfassungsschutz diesen und weiteren Gruppierungen gegenüber sind, zeigen die Morde der NSU genannten Gruppe und die unglaublich skandalösen Vorgänge ihrer so späten Aufdeckung.

So müssen wir uns fragen: Was können wir als Einzelne, als Verein tun? Wir können in Gesprächen auf unbedacht vorgebrachte Argumente der Fremdenfeindlichkeit aufklärend reagieren und vorsätzlich geäußerte so genannte Meinungen aus dem rechtsextremen Gedankengut zurückweisen. Wir können unseren eigenen Wortschatz kontrollieren und den leichtfertigen Gebrauch solcher Worte wie „Sonderbehandlung“ unterdrücken, nicht von „Vergasen“ sprechen, wo es um das „Begasen“ von Kunstobjekten geht. Als Eltern können wir wachsam sein, dass unsere Schulen nicht unterwandert werden von Sympathisanten oder gar Funktionären rechtsextremer Gruppen. Wir können Eltern und Kinder aufmerksam machen auf die unlauteren Absichten hinter der so freundlichen Einladung zu dubiosen Zeltlagern. Wir können den Aufmärschen und Propagandaveranstaltungen rechtsextremer Gruppen wehren. Das sind alles Möglichkeiten, die keinen großen Einsatz erfordern, aber doch helfen können, unsere Gesellschaft widerstandsfähiger gegen falsche Einflüsterungen zu machen. Und natürlich können wir mehr tun durch Reden und Schreiben, durch unser Engagement in Vereinen und politischen Gremien. Es gibt so viele weitere Möglichkeiten.

Vergessen wir nicht: eine heute gewonnene Auseinandersetzung heißt nicht, nun sei in Zukunft alles gut. In einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft helfen auch Verbote nur begrenzt; nicht erfasst werden damit Intoleranz, Ausgrenzung und Demütigung anderer, die Gedanken der eigenen Selbstgerechtigkeit und Überheblichkeit. Sie fordern uns täglich neu heraus, ihnen müssen wir uns täglich neu entgegenstellen.

Friedemann Hellwig